

Rechts – und Linksextremismus gefährden die Demokratie

ADK und CGPT Seminar in Riedenburg / Buch
in 2026

Martin Wolf, Altlandrat

- Die Französische Revolution dauerte von 1789 bis 1799. Sie beendete die absolute Monarchie in Frankreich, beseitigte das alte Feudalsystem und brachte wichtige Menschenrechte. Ausgelöst durch eine schwere Finanzkrise und soziale Ungleichheit, prägten die Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit den Aufstand.
- **Die Ursachen**
 - Hohe Schulden des Staates
 - Hungersnöte und steigende Preise
 - Ungerechte Teilung in drei Stände (Klerus, Adel und der besitzlose dritte Stand, der alle Steuern zahlte)
- **Wichtige Schritte**
 - **1789:** Der dritte Stand gründet die Nationalversammlung.
 - **14. Juli 1789:** Der Sturm auf die Bastille markiert den offenen Beginn.
 - **1789:** Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte.
 - **1792–1794:** Die radikale Phase mit der Schreckensherrschaft unter Robespierre und der Hinrichtung von König Ludwig XVI.
 - **1799:** Napoleon Bonaparte übernimmt durch einen Staatsstreich die Macht und beendet die Revolution.

Die Revolution endet mit der Machtübernahme von Napoleon Bonaparte 1799, einem Mann aus dem Volk !

- **Der Niedergang und die erste Abdankung (1812–1814)**
- **Russlandfeldzug 1812:** Napoleons Armee wurde durch den harten Winter und Angriffe fast vollständig zerstört.
- **Völkerschlacht bei Leipzig (1813):** Preußen, Russland, Österreich und Schweden schlugen die französischen Truppen in den [Befreiungskriegen](#) vernichtend.
- **Erste Abdankung (1814):** Alliierte Truppen nahmen Paris ein. Napoleon dankte ab und ging ins Exil auf die Mittelmeerinsel Elba.
- **Die Herrschaft der Hundert Tage und das endgültige Ende (1815)**
- **Rückkehr nach Frankreich:** Im März 1815 floh Napoleon von Elba und übernahm wieder die Macht.
- **[Schlacht bei Waterloo](#) (18. Juni 1815):** Britische und preußische Truppen unter Wellington und Blücher schlugen Napoleon endgültig.
- **Zweite Abdankung (22. Juni 1815):** Er verlor jeden Rückhalt und trat ab.
- **Exil auf St. Helena:** Napoleon wurde auf die abgelegene Atlantikinsel gebracht, wo er am 5. Mai 1821 starb.

Politisch Links oder Rechts: Die Einteilung stammt von der franz. Revolution von 1789, wo in den Verhandlungsrunden Revolutionäre links und Monarchen rechts saßen.

- **Politisch Links:**

- **Werte:** Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit
- **Ziele:** Verbesserung der Gesellschaft durch Veränderungen (progressiv), Unterstützung für Schwächere durch den Staat.
- **Wirtschaft:** Befürwortung staatlicher Eingriffe und Umverteilung.

- **Politisch Rechts:**

- **Werte:** Traditionen, Ordnung, Eigenverantwortung.
- **Ziele:** Bewahrung bestehender Strukturen (konservativ), weniger staatliche Eingriffe.
- **Wirtschaft:** Vertrauen auf den freien Markt.

Der Maßstab in Deutschland ist das GG von 1949 mit den Grundrechten(1):

Art. 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie muss von aller staatlichen Gewalt geschützt werden.

Art. 2: Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit.

Art. 3: Gleichheit vor dem Gesetz. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf benachteiligt oder bevorzugt werden.

Art. 4: Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit.

Art. 5: Freiheit der Meinungsäußerung, Presse, Kunst und Wissenschaft. Keine Zensur.

Art. 6: Schutz von Ehe, Familie und Kindern.

Art. 7: Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

Art. 8: Versammlungsfreiheit: Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Art. 9: Vereinigungsfreiheit: Recht, Vereine und Gewerkschaften zu bilden.

Art. 10: Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

Art. 11: Freizügigkeit: Alle Deutschen dürfen sich überall im Bundesgebiet frei bewegen.

Art. 12: Berufsfreiheit: Freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte.

Art. 13: Die Wohnung ist unverletzlich. Schutz vor Durchsuchungen.

Art. 14: Garantie des Eigentums und des Erbrechts.

Art. 15: Grund und Boden sowie Produktionsmittel können in Gemeineigentum überführt werden.

Art. 16: Schutz vor Ausbürgerung. Asylrecht für politisch Verfolgte.

Art. 16a: Asylrecht. Wer politisch verfolgt wird, genießt Asylrecht (Ausnahme: Einreise über sichere Drittstaaten).

Art. 17: Petitionsrecht: Jeder hat das Recht, sich mit Bitten oder Beschwerden an Behörden oder Parlamente zu wenden.

Art. 17a: Einschränkungen bestimmter Grundrechte (z.B. Briefgeheimnis) für Angehörige der Streitkräfte.

Art. 18: Verwirkung von Grundrechten: Wer Grundrechte (wie die freie Meinungsäußerung) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verliert diese.

Art. 19: Einschränkungen der Grundrechte sind unter bestimmten Auflagen möglich, dürfen aber den Kern des Rechts nicht antasten. Der Rechtsweg steht offen.

Der Maßstab in Deutschland ist das GG von 1949 mit den Grundrechten(2):

**Die Grundrechte (Art 1-19) binden die drei Säulen des Staates:
Demokratie + Gewaltenteilung + Rechtsstaat**

Die Legislative

ist die gesetz-
gebende
Gewalt =

Gewählte
Vertreter des
Volkes =

Das Parlament
(Bundestag,
Landtag etc.)

Die Executive

Ist die ausführende
Gewalt =

Regierung +
Verwaltung

Die Judikative ist

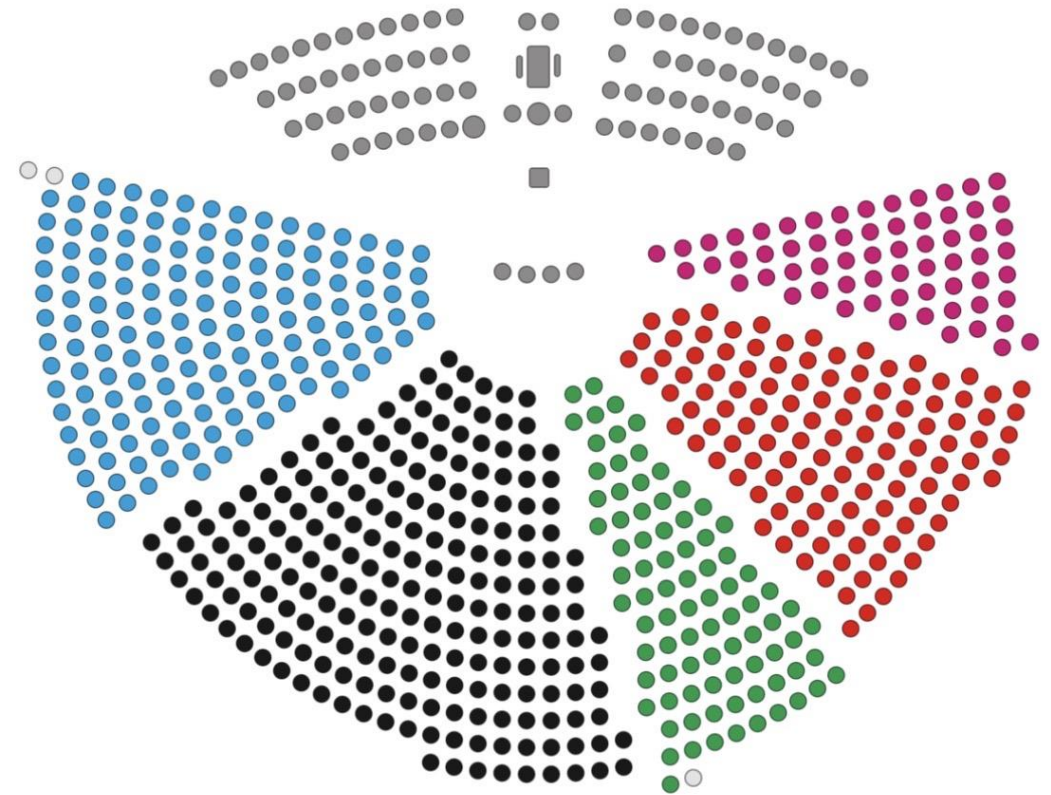
die Recht
sprechende Gewalt
=

Gerichte des
Bundes und der
Länder, das
Verfassungsgericht
prüft die Legislative

630 Sitze

Die Sitze verteilen sich wie folgt:

● CDU/CSU	208
● AfD	150
● SPD	120
● Bündnis 90/Die Grünen	85
● Die Linke	64
○ fraktionslos	3



Sozialismus

Sozialismus bedeutet, dass der Staat einen Teil der Ressourcen der Bürger einnimmt und sie gleichmäßig unter ihnen verteilt.

Kommunismus

Kommunismus liegt vor, wenn der Staat alle Ressourcen der Bürger einnimmt und gleichmäßig die Grundbedürfnisse bereitstellt.

Produktionsmittel wie Fabriken und Land sind gemeinschaftlich im Besitz der Gesellschaft. Es gibt kein Privateigentum an diesen Mitteln – Ziel ist eine vollständige soziale Gleichheit.

Staaten mit Sozialismus

Verfassung nennt wörtlich den Sozialismus oder die sozialistische Marktwirtschaft

- Indien
- Bangladesch
- Portugal
- einige afrikanische und südamerikanische Staaten

Staaten mit Kommunismus

Sozialismus, immer geführt von Einheitspartei

- China (kommunistische Partei, aber sonst sozialist. Volksw.)
- Vietnam (seit 1986 marktw. Reformen)
- Kuba (seit 1959 kommunistisch, seit 2000 zaghafte marktwirt. Reformen)
- Laos (Vietnam marschierte nach dem Krieg 1975 ein und installierte eine kommunistische Regierung)

Die Partei ‚Die Linke‘

- Demokratisch-sozialistische Partei, seit 2007, aus SED-PDS (Osten) und SPD – WASG (Westen)
- Parteiprogramm:

bundesweiter Mietendeckel, höhere Steuern für Reiche (bis 75 %), Entlastung mittlerer Einkommen, Einführung einer garantierten Kindergrundsicherung, ausgeprägter Klimaschutz mit Ausbau des ÖPNV, Klimageld; Ablehnung von NATO, Waffenlieferungen und Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Die Partei ‚Die AfD‘

Grundsatzprogramm 2016

Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und **Demokratie** grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten. Der Staat Bundesrepublik Deutschland ist nach der deutschen Verfassungstradition im Grundgesetz von 1949 als **Rechtsstaat** mit **Gewaltenteilung** angelegt.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

- hat 2025 die AfD als "gesichert rechtsextremistisch" eingestuft. Das VG Köln untersagte dem BfV am 26. Februar 2026 jedoch vorerst, diese Einstufung öffentlich zu machen, bis das Hauptsacheverfahren abgeschlossen ist.
- Die Einstufung erfolge "aufgrund der die Menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei". "Das in der Partei vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis ist nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar (deutsche Staatsangehörige mit Migrationsgeschichte aus muslimisch geprägten Ländern sind nicht gleichwertige Angehörige des durch die Partei ethnisch definierten deutschen Volkes."

Äußerungen der Parteiführung, die das Grundgesetz mißachten:

- Menschenwürde-Prinzip: Verächtlichmachung insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund sowie Muslima und Muslime
- Demokratie-Prinzip: die Verachtung des Staates und seiner Institutionen.
- Rechtsstaat-Prinzip: Zugehörigkeit zu Deutschland besteht nur bei ethnischer Abstammung

AfD - Grundsatzprogramm Mai 2016 mit verfassungswidrigen Aussagen

Joachim Wieland, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht der Universität Speyer:

- AfD: Minarett und Muezzin verbieten ≠ GG: Religionsfreiheit erlaubt (z.B. Kirchtürme und Glockengeläute)
- Körperschaften des öffentlichen Rechts (öffentl. Aufgaben u. staatl. Aufsicht, z.B. Kammern, Krankenkassen, Kirchen) AfD: Islam. Organisationen nicht ≠ GG: Kirchenorganisationen schon
- AfD: Burka und Niqabverbot ≠ GG: Religionsfreiheit darf gelebt werden
- AfD: EU nur noch Wirtschaftsgemeinschaft ≠ GG: Art 23: Verwirklichung eines vereinten Europas

Ergebnis: Immer wachsam sein !!

Im Gespräch...

- politischen Themen nicht ausweichen
- kritisch nachfragen, ohne zu belehren